

Bericht	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	208 - Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt
	Bearbeiter/in	Dieter Verst
	Telefon (0202)	563 26 03
	Fax (0202)	563 81 37
	E-Mail	dieter.verst@stadt.wuppertal.de
	Datum:	02.09.2010
	Drucks.-Nr.:	VO/0728/10 öffentlich
Sitzung am Gremium		
09.09.2010 Jugendhilfeausschuss		Beschlussqualität
		Entgegennahme o. B.
Personelle Mindestausstattung für die städt. Kinder- und Jugendarbeit - Verfahrensstand -		

Grund der Vorlage

Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen zur Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans 2010 – 2014

Beschlussvorschlag

Entgegennahme ohne Beschluss

Einverständnisse

Der Stadtdirektor ist einverstanden.

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

Im Vorfeld der Verabschiedung des Kinder- und Jugendförderplans 2010 - 2014 im Rat der Stadt Wuppertal ist beabsichtigt, sich mit der Kommunalaufsicht über eine personelle Mindestausstattung für die städt. Kinder- und Jugendarbeit zu vereinbaren. Damit sollen verlässliche Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit bis einschl. 2014 geschaffen werden.

Kinder- und Jugendarbeit ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe dem Grunde nach. Für diese Aufgabe stehen im Fachbereich Jugend & Freizeit 66,41 Stellen zur Verfügung. Soweit derzeit absehbar werden in 2010 rd. 5 Stellen und in 2011 weitere 4,75 Stellen, insgesamt somit knapp 10 Stellen aus unterschiedlichen Gründen frei (Altersrente, Auslauf von

Befristungen, neue Elternzeiten, Altersteilzeit etc.). In den Folgejahren wird sich diese Entwicklung fortsetzen.

Infolge der von der Bezirksregierung im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung verfüigten Sperre zur Wiederbesetzung von freiwerdenden Stellen können bis auf Weiteres vakant werdende Stellen nur mit Zustimmung der Bezirksregierung besetzt werden. Die Bezirksregierung genehmigt externe Einstellungen jedoch lediglich für Pflichtaufgaben. Weil es sich bei der Kinder- und Jugendarbeit um eine Pflichtaufgabe nur dem Grunde nach handelt, deren Umfang nicht verpflichtend festgelegt ist, werden z.Z. keine externen Einstellungen genehmigt. Damit fehlt es an der notwendigen Planungssicherheit und Kontinuität für die Arbeit.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, sich mit der Aufsichtsbehörde auf eine personelle Mindestausstattung für die städt. Kinder- und Jugendarbeit in den nächsten Jahren zu vereinbaren. Die Verwaltung hat dazu erste Gespräche mit der Bezirksregierung geführt. Diese werden im Herbst fortgesetzt. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Gespräche mit dem Ziel einer mittelfristigen Vereinbarung bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein werden. Sie wird den Jugendhilfeausschuss zeitnah über den Verlauf der Gespräche sowie über das Ergebnis informieren. Darauf aufbauend erfolgt die abschließende Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans 2010 - 2014.